

Der Begriff "Umweltflüchtling" tauchte erstmals 1976 auf. Die vorgeschlagene Definition beschrieb Umweltflüchtlinge als Personen, die aus zwingenden Gründen plötzlicher und extremer Umweltveränderungen, die sich auf ihre Lebensbedingungen auswirken, gezwungen sind, zu migrieren. Obwohl der Begriff bereits vor 45 Jahren auftauchte, wird Klimaflüchtlingen noch immer kein ausreichender rechtlicher Schutz gewährt. Gleichgesinnte, die vor wirtschaftlicher Ungleichheit und Konflikten fliehen, haben das Recht auf Asyl. Migration aufgrund von Klimakatastrophen hat dieses Recht nicht.

Während die Klimakrise unser Leben weiter beeinflusst, ist dieses politische Versäumnis ein Affront gegen den Gedanken der Solidarität. Anstatt unsere Flüchtlingspolitik so umzugestalten, dass sie inklusiver und fortschrittlicher wird, geschieht das Gegenteil. Rechtsgerichtete Parteien wie die SVP, die AFD und die ÖVP treiben eine Politik voran, die unsere Grenzen nur für Menschen in Not schließt. Dabei propagieren sie populäre rassistische und nationalistische Hetzen. Diese Entwicklung ist ärgerlich, wenn man in die Zukunft schaut, die uns die Klimakrise bringt...

Die Klimakrise destabilisiert das Leben von uns allen, wird aber die Ärmsten zuerst treffen. Der steigende Meeresspiegel wird zum Verlust von Häusern, Landwirtschaft und der Lebensgrundlage vieler Menschen führen. Auch Regionen am Rande der Wüste werden betroffen sein. Im Süden der Sahara zum Beispiel beobachten Wissenschaftler bereits eine Zunahme von Dürren und Wasserknappheit, da sich die Wüste ausdehnt. Ohne Wasser kann kein Leben überleben, und die Menschen werden gezwungen sein, umzuziehen. Auf der anderen Seite des Atlantiks führen Dürren dazu, dass natürliche Lebensräume verbrennen. Der Amazonas ist das berüchtigtste Beispiel. Aber auch in Skandinavien, Russland, Australien und Deutschland wurde eine Zunahme der Waldbrände beobachtet. Wenn Ihre Gemeinde in eine Aschelandschaft verwandelt wird, bleiben nur wenige. Im Norden

verursacht der schmelzende Permafrost Erdrutsche, die wichtige Infrastruktur und Häuser zerstören. Insgesamt erwarten Wissenschaftler, dass bis 2050 150 bis 200 Millionen Menschen aufgrund des Klimanotstandes fliehen werden. Das gleiche Jahr, in dem die Schweiz die Nettonull erreichen will. (mimik)

Die globale Erwärmung mag Naturkatastrophen verursachen, aber die Gesundheit unserer Umwelt hat auch Auswirkungen auf unsere wirtschaftliche und soziale Stabilität. Laut dem Maplecroft's Climate Change Vulnerability Index werden 6 Orte besonders von der Klimakrise betroffen sein: Lagos, Nigeria, Haiti, Jemen, Manila, Philippinen, die Kiribati-Inseln und die Vereinigten Arabischen Emirate. Allesamt sind es Küstenregionen, die durch den steigenden Meeresspiegel voraussichtlich unter Stress geraten werden. Doch die Umweltkrise erfordert eine effektive Politik, soziale und wirtschaftliche Stabilität. Der Jemen zum Beispiel befindet sich mitten in einem Bürgerkrieg, der seine Institutionen schwächt, was in Krisenzeiten unerlässlich ist. Das macht die Menschen im Jemen ungeschützt und unfähig, eine starke Basis für den Kampf gegen die Klimakrise zu schaffen. Diese Beispiele zeigen uns, dass starke, auf Solidarität basierende Institutionen, wirtschaftliche Stabilität und Frieden notwendig sind, um den Klimazusammenbruch effektiv zu bekämpfen.

Tatsächlich verschärft die Klimakrise die Ungleichheiten, was zu sozialen Unruhen und damit zu einem höheren Risiko für Konflikte und Gewalt führt. Wenn der Agrarsektor unter Druck gerät, wird die Nahrungsmittelknappheit immer mehr zur Realität werden. Während Dürren und Wüstenbildung das Wasser knapp werden lassen, werden Industrien und Menschen gezwungen sein, ethische Entscheidungen darüber zu treffen, wie sie das Wasser unter den Menschen und Industrien verteilen. Wenn die ölindustriellen Länder im Nahen Osten ihre wichtigste wirtschaftliche Einnahmequelle verlieren, wird eine ganze Region gezwungen sein, neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu finden. Solche Verschiebungen in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer Region sind notwendig, um die Klimakrise zu bekämpfen. Aber in einem kapitalistischen System ist es eine Chance, die

Wohlstandskluft zwischen den Reichen und den Armen zu vergrößern. Das kann zu sozialer Not führen und Proteste auslösen, die im Extremfall in einen gewaltsamen Konflikt umschlagen können. Und Gewalt zwingt Menschen zur Flucht...

Die Ironie ist, dass die Menschen, die als erste und am stärksten betroffen sein werden, nicht diejenigen sind, die für die Klimakrise verantwortlich sind. Historisch gesehen haben wir unseren modernen Wohlstand durch die industriellen Revolutionen erreicht, die durch Kohle, Öl und Gas angetrieben wurden. Wir haben jahrhundertlang Treibhausgase emittiert und nebenbei den globalen Süden kolonialisiert. Jetzt wissen wir alle, was die Kosten dieser Emissionen sind: die Klimakrise und all die Auswirkungen, einschließlich derer, die ich zuvor genannt habe.

Aber hey, die Menschen sitzen an unseren Grenzen in Lagern, mit dreckigen Toiletten, schimmeligem Essen, schlammigen Zelten, rauem Wind und nicht zu vergessen die Pandemie. Aber in Europa erleben wir einen Anstieg von rassistischen Verunglimpfungen in Form von populistischen Parteien. Wo bleibt da die Solidarität?

Es ist an der Zeit, dass ökologische Notsituationen als Asylrecht anerkannt werden. Es ist an der Zeit, dass der globale Norden seine dunkle Vergangenheit anerkennt und Schritte unternimmt, um eine hellere Zukunft zu schaffen. Nicht nur für unsere Kinder, sondern für die Menschen, die in unserem Migrationssystem feststecken, für die Sans Papiers, für die Flüchtlinge, die in unbewohnbaren Lagern sitzen, FÜR DIE MENSCHEN, die im Mittelmeer ertrinken als Opfer der rassistischen Politik Europas. Der Kampf gegen die Klimakrise erfordert Klimagerechtigkeit, nicht Naivität und Hass.

Was wollen wir? !

